

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Mark

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,50 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 1. Seite 1,00 Gulden, die 2. Seite 0,50 Gulden, die 3. Seite 0,30 Gulden, die 4. Seite 0,20 Gulden, die 5. Seite 0,15 Gulden. Abonnements- und Anzeigenannahme in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6, Postfachkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbefellung und Drucksachen 3290.

Nr. 80 Donnerstag, den 3. April 1924 15. Jahrg.

Neue Schwierigkeiten im Ruhrgebiet.

Der unerfüllbare Micum-Vertrag. — Neue Sanktionen bei Lieferungs-Einstellung.

Durch die sogenannten Micum-Verträge ist der Ruhrbergbau verpflichtet worden, 27 Prozent der Kohlenförderung ohne jede Bezahlung an die Besatzungstruppen abzuführen. Für die zum Verkauf freistehenden Restmengen wird als weitere Belastung eine Kohlensteuer von 8 Frank pro Tonne erhoben. Mit den bisher gelieferten Mengen erklären sich jedoch die Besatzungsmächte nicht zufrieden. Sie fordern ab 1. April, unabhängig von den Fördermengen, die ihnen seinerzeit von der Reparationskommission zugesprochenen Kohlenmengen in Höhe von 1,8 Millionen Tonnen monatlich, während sie durchgängig et. a 1,8 Millionen erhielten. Die Besatzungsmächte weigern sich indessen, nicht nur das neue Verlangen der Micum zu erfüllen, sondern lehnen es überhaupt ab, weitere Verträge mit ähnlichen Belastungen wie die jetzt bestehenden abzuschließen.

Von der Durchführung der Verträge wird auch die Arbeitererschaft stark betroffen. Zunächst sind die Lagerkohlenzweigen an der Ruhr völlig stillgelegt worden und auf den übrigen Schachtanlagen Frierischichten und starke Besatzungsverminderungen durchgeführt. Die Produktionskosten des Bergbaues sind infolge der Micum-Belastungen trotz der mehr als bedenklich verlängerten Arbeitszeit, trotz der auf 70 Prozent der Vorkriegszeit herabgesetzten Bergarbeiterlöhne und der 170 bis 190 Prozent über dem Friedensniveau liegenden Kohlenpreise so erheblich gestiegen, daß die minder rentablen Kohlenzweige völlig ausgegliedert worden sind und die Ruhrkohle sogar im eigentlichen Industriegebiet selbst konkurrenzunfähig geworden ist. Deshalb halten die Unternehmer entweder eine Herabsetzung der Löhne oder die Übernahme der Kohlenlieferungen auf Kosten des Reiches für notwendig. Da die Reichsregierung eine solche Regelung ablehnt, sind die Vertreter der Bergarbeiter bei der Micum vorstellig geworden, um bei der Erneuerung der Verträge gehört zu werden.

Nachdem das Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes, Gen. Martmoeller, das Verlangen der Arbeiter und Angehörten im Bergbau damit begründet hatte, daß diese in ihren materiellen und sozialen Interessen durch das Micum-Abkommen wesentlich berührt werden und insoweit als direkt Beteiligte anzusehen seien, erklärte der Vorsitzende der Micum, Franken, daß er das Verlangen ablehnen müsse. Ueber die Lohnfrage würde nicht verhandelt werden. Die Verhandlungen über Micum mit den Unternehmern trügen nur wirtschaftlichen Charakter; dagegen sei die Micum bereit, über Berufsfragen der Arbeitererschaft mit den Verbänden in Verbindung zu bleiben. Daß die Verträge auf die Lage der Arbeitererschaft einwirkten, sei richtig, aber über die Verteilung der Lasten müßten zwischen den Arbeitern, den Unternehmern und der deutschen Regierung besondere Verhandlungen gepflogen werden. Der Charakter der Micum-Verträge sei ein vorläufiger. Bis jetzt hätten die Unternehmer noch keinen Beweis dafür erbracht, daß die Micum-Lasten unerträglich seien. Auf die Frage der Arbeitnehmer, was nach dem 15. April werden solle, wurde erwidert, daß kein Interesse für die Beendigung der Micum-Verträge existieren könnte. Würden die Lieferungen nach dem 15. April eingestellt, so würde das von den Besatzungsmächten als Wiederbeginn des passiven Widerstandes betrachtet werden. Ein solches Beginnen würde wie im vorigen Jahre Sanktionen mit allen Konsequenzen nach sich ziehen.

Zum Schluß der Ansprache wurde von der Micum nochmals erklärt, daß die Arbeitnehmervertreter zu den Verhandlungen unmittelbar nicht herangezogen würden, aber über den Gang der Verhandlungen fortlaufend unterrichtet werden sollen und, falls der Wunsch besteht, während der Verhandlungen empfangen würden. Mit diesem Bescheid wurden die Arbeiter- und Angehörtenvertreter entlassen.

Europas Zukunft.

In dem Februarheft der neu erscheinenden Zeitschrift für Geopolitik behandelt der Professor an der Technischen Hochschule Hannover, Dr. „Das Problem Europa“. Der Aufsatz schließt nach einer Gesamtübersicht über die großen kontinentalen Staatenbildungen neuaufgegangener geographischer Weltreiche Amerikas, Asiens und Afrikas und der Weltverteilung fördernden Struktur Europas mit folgender Feststellung:

Zwischen zwei Polen vertheilt der europäische Mensch hin und her. Er ist Träger der Idee einer Weltkreatur geworden, er redet von Weltwirtschaft, er schafft den Weltvölkerbund, um gleich darauf alle diese erhabenen Grundzüge sturmbroch über Bord zu werfen und in verheerenden Bürgerkriegen engherzigem Nationalismus die Räder zu überlassen. Die Symbiose zwischen gesunder nationaler Einstellung und europäischem Gemeinheitsbewußtsein, die allein Erlösung bringen könnte, bleibt ihm immer noch verborgen. Vielleicht vermag die Kenntnis der Ursachen unserer unheilvollen Weltkreatur dazu beizutragen, daß die Europäer endlich bei voller Wahrung der kulturellen Eigenart jeder Nation den Partikularismus überwinden und ihren Erdteil als Einheit entdecken.

Führt auch das nicht zum Ziel, so werden immerhin Wirtschaftskrisen allen Gliedstaaten Europas die Notwendigkeit der Vereinigten Staaten von Europa einhämmern. Die amerikanische Union beherrscht als Führer des Völkerbundes der Neuen Welt nahezu den gesamten Rohstoffmarkt. In anderen Teilen der Welt haben sich überaus Grobverbände an, die weder Europa in allem Umfang heilen, noch in gewohnter Weise von ihm beziehen

wollen. Der Europäer der Erde folgt jetzt die Industriellierung. In dem damit bestehenden Wirtschaftskampfe bedeutet jeder einzelne europäische Staat heraldisch wenig. Nur der Zusammenschluß aller zu einem freiwilligen und jedem Partner gleiches Recht gewährenden europäischen Staatenbund vermag die drohende Gefahr zu bannen.

So urteilen weiterblickende Gelehrte. Derweil setzen sich die Deutsche kaum umstände, die Einheit ihres eigenen Reiches aufrechtzuerhalten, das vom gesamten Europa nur einen kleinen Teil darstellt. Die lautesten Kräfte im Kampfe für die Nation tun alles, um durch ihre wahrhaftige Politik den Rahmen der nationalen Einheit zu sprengen. Den Schlachtrufen der Reaktion: „Die Wiltelsbach, die Hohenzollern, die Stinnes, die ostpreussische Junker“ stellt allein die Arbeiterklasse als Verteidigerin der republikanischen Verfassung der Staatsbedanken gegenüber, der das ganze deutsche Volk in einem Rahmen zusammenzufassen vermag. Und dieser Rahmen allein bietet auch die Möglichkeit, über die Grenzen Deutschlands hinaus Politik auf lange Sicht, Politik der Zusammenführung und Vereinerung der europäischen Staaten zu betreiben. Auch hier wieder ist die Sozialdemokratie allein die bewährte Trägerin historisch-notwendigen und unvermeidlichen Fortschritts.

Um das Memelgebiet.

Neuer Vorstoß zugunsten Polens.

Wie der „Daily Telegraph“ meldet, ist die Memelfrage ganz unerwartet in ein neues Stadium getreten. Während die Vertreter von Frankreich und Italien in Genf noch erklärten, daß sie nur wegen untergeordneter reaktionärer Bedenken davon absehen müßten, dem vom Völkerbund entworfenen Memelstatut zuzustimmen, haben jetzt scheinbar Frankreich und Italien in London erklären lassen, daß sie dem Statut nur zustimmen können, wenn Polen größere Sonderrechte in Memel erhalte, und sie haben vorgeschlagen, das Statut erneut in der Völkerbundkonferenz durchzuberaten. Gleichzeitig hat der polnische Botschafter in London in einer Unterredung mit Ramsay MacDonald nachdrücklich die vorliegenden Bedenken gegen das Memelstatut vorgetragen. Polen hat aber anscheinend bei diesem Vorgehen in London kein Glück gehabt. Es wird in offiziellen Kreisen erklärt, daß der englische Botschafter in Paris sofort Instruktionen erhalten habe, in der Völkerbundkonferenz nachdrücklich auf der unveränderten Durchführung der Vorschläge des Völkerbundsensschusses zu bestehen.

Das Gutachten der Sachverständigen.

Vierjährige Schonzeit für Deutschland.

Die beiden Unterkommissionen des Sachverständigenausschusses traten am Mittwoch Abend zu einer Sitzung zusammen, um den Termin für die Ueberreichung ihrer Gutachten und Vorschläge an die Reparationskommission festzusetzen. Aller Voraussicht nach wird das am Sonnabend Vormittag geschehen. Die beiden Unterkommissionen des Komitees Dawes tagen in Permanenz, um die letzten Punkte, über die man sich bisher noch nicht geeinigt hatte, endgültig zu klären und zu regeln.

Die Frage der Dauer des Moratoriums war am Mittwoch Morgen noch immer in der Schwebe. Einmütigkeit besteht lediglich darüber, daß die Schonfrist für Deutschland mindestens vier Jahre betragen soll, daß aber bereits vom zweiten Jahre ab gewisse langsame anstehende Leistungen in Aussicht genommen werden können. Eine Entscheidung über deren Höhe dürfte kaum vor Donnerstag erfolgen.

Nach der Auffassung unterrichteter Kreise wird die Reparationskommission die Gutachten und Vorschläge der Sachverständigen unmittelbar und ohne selbst dazu Stellung zu nehmen an die alliierten Regierungen weiterleiten, und man schließt daraus, daß die alliierten Regierungen wahrscheinlich bereits an einem sehr nahen Zeitpunkt eine Konferenz zu dem Zwecke des direkten Meinungsaustausches zusammenberufen werden.

Polnischer Finanz-Optimismus.

Der Ministerpräsident über die Finanzlage Polens.

Der polnische Ministerpräsident Grabski hielt in der Budgetkommission eine ausführliche Rede über die Staatsfinanzen. Er operierte derartig mit Millionenzahlen, daß man Grund niemand ganz aus den Ausführungen klug werden konnte. Er behauptete, daß der letzte Augenblick zur Finanzsanierung der günstigste gewesen sei. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Einziehung der Vermögenssteuer auf so große Schwierigkeiten stieß, daß man zu Zwangsmaßnahmen schreiten mußte. In Soda z. B. hätten von 1388 zur Vermögenssteuer veranlaßten Personen nur 100 die Steuer freiwillig bezahlt.

Trotzdem aber hätten sich die ausländischen Finanzverfänger (also Dillon Young) gefreut, wenn sie eine Finanzsanierung Polens wegen des fehlerhaften Finanzapparates für unmöglich hielten. Die Einnahmen wüßten von Monat zu Monat. Vom April ab würden die Einnahmen ohne Defizit arbeiten. Von einer Wirtschaftskrise in Polen könne keine Rede sein. (Warum schließen denn die Fabrike?) Am 27. April würde die Papiermarkt aus dem Verkehr gezogen und mit der Ausgabe des Klotz begonnen werden. Mit besonderer Genauigkeit wies der Premier darauf hin, daß 90 Prozent der Aktien der Bank Priiski zum Privatkapital gezeichnet wurden.

Die Münchener Rechtsverhöhnung.

Man kann das Urteil im Lubendorff-Stiller-Prozess eigentlich nicht als Justizskandal bezeichnen, denn mit Justiz hat die ganze Angelegenheit nicht das mindeste zu tun. Man könnte es vielleicht nennen: einen Willkürakt, eingeleitet in die äußeren Zeremonien eines gerichtlichen Verfahrens.

Das Gericht hat den Freispruch des Hochverraters Lubendorff mit einer langen Begründung umgeben. Gründe sind, wie Stiller schon seinen Falltag sagen läßt, wohlfeil wie Bomben. Im Grunde hätte es genügt, wenn die Richter einfach erklärt hätten: Wir wollten Lubendorff nicht verurteilen.

Freud einen tatsächlichen oder juristischen Zweifel an der Schuld Lubendorffs konnte und kann es nicht geben. Der die Mittäterschaft Lubendorffs bei dem Verbrechen des Hochverrats am 9. November 1923 bewies, der muß mit genau der gleichen Beweiskraft jeden Einbrecher freisprechen, der mit dem Sauerstoffablässe am Geldschrank arbeitend betroffen wird, der aus jeden Angeklagten für unschuldig erklären, dessen Tat von tausend oder abtausend Zuschauern beobachtet wurde.

Lubendorff hatte in der berühmten Bürgerbräu-Versammlung am 9. November abends, übermächtig von der Größe des Augenblicks, erklärt, in das Direktorium von Stillers Hand einzutreten, er hatte für den Vornamen auf Berlin Namen und Person zur Verfügung gestellt, überzeugt, daß gegen eine von ihm geführte Truppe kein Teil der Reichswehr kämpfen würde, er hatte sich anfangs mit Stiller am 9. November an die Spitze des Aufmarsches, der den letzten Versuch darstellte, die bewaffnete Macht und die Bevölkerung von München auf die Seite des Aufstandes zu ziehen. Wenn diese Rolle nicht klar und eindeutig gewesen ist, dann gibt es überhaupt keine Klarheit mehr auf der Welt, und wenn Herr Lubendorff im Schlusswort den sogenannten Richtern sagte, daß sein Schuldverhältnis „aradlinia“ vor ihnen liege, so konnte es eine aradlere Gradlinigkeit im Sinne des Hochverratsparagrafen überhaupt nicht geben.

Der Freispruch trotz alledem beweist, daß hier nicht ohne Ansehen der Person, sondern ausschließlich unter Ansehens der Person geurteilt wurde. Denn die Angelegenheit ist absurd, daß irgend ein Schulze, Meier oder Lehmann bei gleicher Schuldhaftigkeit hätte freigesprochen werden können. Der Freispruch Lubendorffs kann nur auf Gründe zurückgeführt werden, die mit dem Wesen des Rechtes und der Justiz — wenigstens einer Justiz, wie sie sein sollte — nichts zu tun haben. Es wäre ja denkbar, daß das Gericht der Auffassung war: einen Mann wie Lubendorff können wir nicht verurteilen. Vielleicht hat auch der feinsinnige verständigste angeklagte Terror der Strafe einigermassen zu diesem Urteil beigetragen. Aber dann hätte man wenigstens im Urteil aufzuzählen sollen, daß die Gründe, die zum Freispruch Lubendorffs geführt haben, nicht in der Materie des Rechts, sondern in außerhalb liegenden Ermächtigungen und Rücksichten zu suchen sind. Dadurch wäre das Urteil zwar nicht betrübend geworden, aber es wäre ehrlich gewesen. Indem es dagegen

den Freispruch Lubendorffs auf rechtliche Ermächtigungen zu gründen sucht, kann es nur beitragen, die deutsche Rechtspflege noch tiefer zu diskreditieren, als dies in den letzten Jahren ohnehin durch den systematischen Freispruch völkischer Mörder und Mordbeter geschehen ist.

Aber das galt nicht nur für diesen einen Punkt. Auch die scheinbar pro forma erfolgte Verurteilung Stillers und seiner Kumpane kann den Eindruck einer Justizkomödie nur verstärken. Denn die verhängten Festhaftstrafen — ohnehin die gefälligen Mindeststrafen — stehen nur auf dem Papier. Nach Verbüßung von sechs Monaten sollen die Verurteilten bereits begnadigt werden. Da ihnen die Untersuchungshaft von mehreren Monaten voll angedreht worden ist, bedeutet das praktisch, daß die angeblich auf 5 Jahren Festung verurteilten Stiller, Kochner, Griebel und Weber schon nach wenigen Wochen aus der Haft entlassen sein werden.

Abschließend kann man nur sagen: Die Flut der Schande und des Gelächers, in der das heutige Deutschland vor der Welt versinkt, ist durch dieses Urteil um einige Fuß gestiegen. Es scheint nun einmal das Ideal der Völkischen zu sein, daß die Deutschen vor der Welt als ein Volk ohne Recht und ohne Rechtsform dastehen. Was erreichen kann, um den deutschen Namen im Ausland verächtlich und verächtlich zu machen, das geschieht von der nationalen Seite aus, und die Justiz ist die beste Helferin dabei. Wir zweifeln nicht, daß die völkische umnebelten Kreise über die offene Nichtachtung des Rechtes, die sie ja stets gefordert haben, jubeln werden. Aber das Recht läßt sich nicht ungeschrikt verachten. Was in diesen Tagen gegen den Geist der Gerechtigkeit geübt worden ist, das wird sich einmal furchtbar an der ganzen Nation rächen.

Das in München ergangene Urteil erfährt in der republikanischen Presse Deutschlands, wie nicht anders zu erwarten, eine scharfe Kritik.

Mit Recht wird das „D. Z.“ die Frage auf, warum man, wenn man schon Lubendorff freispricht, nicht dem Druck der Straße nachgeben und die übrigen freigesprochen hat. „Schon die Anträge des Staatsanwalts, die bis zu 8 Jahren Festung gingen, und auch für Lubendorff zwei Jahre Festung verlangten, zeigten von einer Milde, die nur die Münchener Atmosphäre erklärlich macht. Man denke beispielsweise daran, daß das Münchener Volksgericht über Fischenbach lediglich wegen der Veröffentlichung des Ritter-Telegramms zehn Jahre Zuchthaus verhängt hat, und man verleihe die Schwadronen deutscher Infanterie, die die Veröffentlichung jenes acht Jahre alten Dokuments haben konnte, mit der vernichtenden nationalen Katastrophe, die nach Erklärung der höchsten souveränen Staatsautorität der Bierkellerputz zur Folge haben mußte, wäre er nicht sofort mit Haftstrafe niedergeschlagen worden.“ Treffend kommt das „D. Z.“ daher zum Schluß: „Was das Urteil hier besagt, muß jeden, der die Achtung vor Recht und Gesetz zu den nationalen Interessen zählt, mit tiefer Trauer und Beschamung erfüllen.“

Kleine Nachrichten

Die Streiklage in Hamburg. Im Arbeitszeitkampf der Arbeiter der Hamburger Fischschiffswerften, die seit Ende Februar ausgebrochen sind, wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen Stundenarbeitslohn von 60 Pfg. bei 48stündiger Wochenarbeitszeit vorsieht. Ferner ist auf Anforderung eine Stunde Mehrarbeit zu leisten. — Bei den ebenfalls im Streit befindlichen Arbeitern der Schiffswerften sind neue Verhandlungen noch nicht eingeleitet worden.

Vollstreckt nicht sich zurück. Der polnische Marschall Pilsudski hat an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, worin er die in letzter Zeit aufgetretenen Meldungen, daß er auf den neuerschaffenen Posten des Generalinspektors der Armee rechte, als unbegründet bezeichnet. Er teilt mit, daß er überhaupt kein militärisches Amt übernehmen werde, sondern sich ins Privatleben zurückziehen gedenke, um seine Erinnerungen zu schreiben und sich erzieherischen Arbeiten zu widmen.

Die Pazifisten für Völkerverbandskontrolle. Mehrere pazifistische Organisationen, die dem deutschen Friedenspartei angehören, veröffentlichen eine Kundgebung, in der sie unter Berufung auf die entsprechenden Bestimmungen des Versailler Vertrages den sofortigen Übergang von der alliierten Militärkontrolle zur Völkerverbandsaufsicht fordern. Bei den entsprechenden Beratungen des Völkerverbandsrats soll Deutschland hinzugezogen werden.

Zwei Millionen Neubaukosten in — England. Die sorgfältig vorbereiteten Projekte der englischen Arbeiterregierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot in England sind nunmehr fertiggestellt. Sie umfassen wie „Daily Herald“ ankündigt, den Bau von zwei Millionen Häusern, auf 15 Jahre verteilt. Die Durchführung dieses Bauprogramms obliegt Körperschaften, die sich aus Vertretern der Bauwerkstätten, der Bauunternehmer und der Gemeinden zusammensetzen.

Polens Valutareform. Die neue polnische Notenbank soll ihre Tätigkeit am 28. April eröffnen. Am 1. Mai sollen die polnischen Goldgulden in Umlauf gesetzt werden.

Der unbehagliche Kritiker. Der römische Korrespondent der englischen Arbeiterzeitung „Daily Herald“ ist aus Italien ausgewiesen. Als Grund zu dieser Maßnahme wird veränderliche Propaganda gegen Italien durch seine kritisch gehaltenen Berichte angegeben.

Amerikanische Anleihe der Schweiz. Die Schweizer Bundesregierung nimmt durch Vermittlung des New Yorker Bankhauses Morgan eine Schweizer Anleihe von 20 Millionen Dollar in Amerika auf, die in der Hauptsache zur Deckung der notwendigen Getreidebedürfnisse in den Vereinigten Staaten dienen soll.

Zehn Monate Zuchthaus für einen Journalisten. Vor dem Reichsgericht war der verantwortliche Redakteur der Berliner „Neuen Jahne“, Otto Steinicke, wegen Landesverrats angeklagt. In dem Blatt war mitgeteilt worden, daß das kommunistische Blatt in Stuttgart wegen einer Notiz über Sabotage im befestigten Gebiet beschlagnahmt worden war. Der Angeklagte wurde deswegen zu zehn Monaten Zuchthaus, die in eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten umgewandelt sind, verurteilt. Der Reichsanwalt ließ den Verurteilten sofort verhaften.

Neue Steuerermäßigungen in England. Das jetzt zu Ende gegangene englische Finanzjahr schließt mit einem Ueberschuß von 48 1/2 Millionen Pfund, die mit dem im Budget vorgesehene 40 Millionen Pfund für die Tilgung der Staatsanleihe verwendet worden sind. Man erwartet, daß der Schatzkanzler, wenn er das neue Budget im Unterhaus vorlegt, eine Ermäßigung der Tee- und Zuckerversteuer und der Steuer auf billige Theater- und Kinokarten ankündigt wird.

Revision im Stuttgarter Danton-Prozess. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, haben gegen das Urteil in dem Prozess „Dantons Tod“ sowohl die Staatsanwaltschaft Stuttgart als auch die Nebenkläger, Intendant Rehm und Oberregisseur Dr. Harnisch, Revision eingelegt.

Hilfe für Albanien. Der Völkerverbandsrat hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Dunaerknot in Albanien beschäftigt, die infolge der Kriegsverwüstungen und des letzten Winter eine Bevölkerung von 200 000 Menschen schwer bedrängt. Er hat 50 000 Schweizer Franken zur Verfügung gestellt und einen Aufruf erlassen, um die weiteren notwendigen Geldmittel von privater Seite zu erhalten. Daraufhin erhielt der Generalkonsul aus Amerika 10 000 Dollar zur Bekämpfung der Dunaerknot.

Die nationalpolitischen Verbände gehaltenen die Ankunft der Delegation auf dem Anhalter Bahnhof gehen zu einer großen Kundgebung, wobei auch die Reichsregierung durch den Innenminister Jarres mitwirkte und auch die Reichswehr vertreten war. Bei dem Abmarsch der Vereine kam es zu Ausschreitungen. Die Polizei griff ein und stellte die Ordnung wieder her.

Ausdehnung der Eisenbahner-Streikbewegung.

Die Streikbewegung unter den deutschen Eisenbahnern greift weiter um sich und ist von Stuttgart und Mannheim auch nach Nürnberg, Magdeburg und Hamburg übergegangen. In Hamburg haben die Stations-, Güterboden- und Streckenarbeiter beschlossen, nur acht Stunden zu arbeiten und nach vollständiger Arbeitszeit die Arbeitsstätte wieder zu verlassen. Die Bewegung der Eisenbahnarbeiter hat sowohl die Erringung höherer Löhne als auch die Wiederherstellung des achtstündigen Arbeitstages zum Ziel. Es haben darüber im Reichsverkehrsministerium Verhandlungen stattgefunden. In der Arbeitszeitfrage ist man sich schon in weit engerem Maße, daß man hier an einer raschen Einigung zu kommen hofft. Eine weitere Differenz besteht bei der Lohnregelung. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer bei dem Reichsverkehrsminister nimmt einen letzten Vorschlag über die Erhöhung der Löhne unterbreitet.

Ohrfeigen im Schweriner Landtag.

Im Mecklenburgischen Landtag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem früheren Landwirtschaftsminister Sier und dem demokratischen Chefredakteur Söffing, in dessen Verlauf Sier seinem Gegner einige Ohrfeigen verleierte.

Sier ist der einzige Abgeordnete der Wirtschaftspartei im Landtag. Er war im republikanischen Ministerium bis vor kurzem Landwirtschaftsminister. Söffing ist nicht Abgeordneter, sondern war als Vertreter des „Kostener Anzeiger“, des Organes des Landbundes, anwesend.

Der Austritt ist zurückzuführen auf eine Falschmeldung über die Verleumdungen, die seit langem von den demokratischen Blättern unter Führung Söffings gegen den ehemaligen Minister Sier in Bewegung gehalten wird.

Reichstagswahlen auch im besetzten Gebiet. Einer Blättermeldung aus Köln zufolge hat der kommandierende General des Bräutentopfes Düsseldorf dem Regierungspräsidenten mitgeteilt, daß er das Inkrafttreten der Verordnung des Reichspräsidenten, die die Reichstagswahlen auf den 1. Mai festsetzt, unter dem Vorbehalt genehmigt, daß die von der Militärbehörde über das Versammlungswesen und die Pressefreiheit erlassenen Vorschriften beachtet werden.

Ein interessanter Freispruch. Der Führer der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und angeheilter, Renne, ist von der Strafkammer Berlin von zwei Anklagen wegen Verleumdung des früheren Reichsverkehrsministers Gröner freigesprochen worden. Die Anklage ging dahin, daß Renne in zwei Versammlungen behauptet habe, daß ihm von der Verkehrsverwaltung ein Reaktionsbrustspion und hohe Geldbeträge angeboten worden seien, wenn er von der Führung der Reichsgewerkschaft zurücktrete. Aus der Vernehmung einiger höherer Eisenbahnbeamten als Zeugen ging hervor, daß Renne zwar nicht ein formelles Angebot, wohl aber nicht mißzuverstehende Andeutungen in der bezeichneten Richtung gemacht worden seien.

Polizistenmorde. In Teffin, dem italienischen Kantone der Schweiz, entzündet sich, von Italien insiziert, eine nationalpolitische Bewegung, die an die Irredentendämpe in Belgien erinnert. Seit Ende vorigen Jahres bestehen im Kanton eine Reihe sozialistischer Organisationen, die bereits eine eigene Zeitung gegründet haben. Seit kurzem wird ferner von der Vereinigung der Journalisten ein in Mailand gedrucktes Blatt innerhalb der Schweiz vertriebt, das sich gegen die Schweiz und ihre demokratischen Einrichtungen wendet und die Umwandlung des Kantons Teffin in eine Provinz, also die Auflösung des Kantons von der Schweiz verlangt. Trotzdem bekannt ist, daß die ganze Aktion von Mailand ausgeht, hat die italienische Regierung bisher keine Schritte dagegen unternommen.

Abtransportiert. Die im Völkerverbandsrat verurteilten Angeklagten Sier, Weser und Friebe sind nach Landsberg zur Strafverbüßung gebracht worden.

Die arabischen Verhandlungen über die besetzten Gebiete sind abgebrochen worden.

Der „Vorwärts“ unterläßt die Gründe, die das Volksgericht mit seinen drei Vätern und zwei Berufsrichtern zum Freispruch Dubendorffs veranlaßt haben mögen. Wenn er (Dubendorff) ein Schuldbewußt wäre, dem nach dem Strafgesetzbuch erst der Hochverrat erbracht werden muß, daß er die zur Erlangung der Strafbefreiung seiner Bandlanten erforderliche „Kassette“ besessen habe, oder wenn er mit dem Jagdschein des H. I. ausgereist wäre, hätte er nicht anders behandelt werden können, als er durch das Volksgericht behandelt worden ist. Amiesellos waren die Richter der Meinung, daß ein Mann von der führenden Tätigkeit Dubendorffs, der vor Gericht so wirre politische Reden hält wie er, für seine Bandlanten nicht voll verantwortlich ist. Sie haben das nicht offen ausgesprochen, aber die Tatsache, daß sie den jugendlichen Stiefsohn Dubendorffs freigesprochen, ihn selbst, den erfahrenen „Schlachtersenker“, aber frei ausgeben ließen, in die schärfste Brandmarke für den Justizfall dieses Falles! Nur unter solchem Gesichtswinkel ist der Freispruch überhaupt verständlich zu bezeichnen.

Der angeklagte Verschwörer Dubendorff konnte das Münchener Volksgericht wirklich keinen größeren Sündenhaufen erwischen, als mit diesem Freispruch, der ihn des Hochvertrates und der Mordanklage unter seinem vollständigen Ruhm beraubt. So steht er letzten Endes als der besagte Dubendorff da, als der ewig politische Schlichter, als der niemals aktiv Handelnde. Und dieser politische Schlichter, der vom Gericht inkognito als Null gewertet wird, erhebt Anspruch auf Achtung, weil ihm, dem politischen Streiter, die germanische Rechtslehre so fremd ist, daß er nicht weiß, daß bei den alten Germanen schließlich auf dem Felde der Ehre verlebte Soldaten der Ehre halber nicht behandelt wurden, nicht aber Soldaten, die ihr Volk durch den Verlust eines Krieges ins tiefe Unglück gestürzt und, als der Auslandsbruch kam, die Flucht ins Ausland ergriffen haben.

Das französische Echo.

Das Urteil des Münchener Volksgerichts wird in Paris als die Parodie einer Rechtsprechung bezeichnet und als neuer Beweis für die Schwäche der Demokratie und die unbeschränkte Herrschaft des Nationalismus in Deutschland angesehen. Der „Temps“, der dem Urteil seinen Leitartikel vom 21. Januar widmet, kommt zu dem Schluss, der Freispruch ist von der Erwägung diktiert, daß Dubendorff die höchste Personifikation des deutschen Nationalismus ist. Das Blatt will eine Bekämpfung dieser Auffassung in den Ausführenden finden, die Streikmann am Sonntag über den Münchener Prozess und die militärischen Geheimorganisations in Deutschland gewacht hat. Jeder Kommentar, sagt das Blatt, würde die Wirkung der Streikmannrede abschwächen, jede Polemik einen unnützen Zeitverlust darstellen. Es wolle darauf nur eine Antwort: die unverzügliche Wiederannahme der militärischen Heberwachung über Deutschland.

Die anderen „Helden“.

Der ehemalige Generalkonsulbrückenkommissar v. Rahr soll mit seinen Vorgesetzten, dem Polizeipräsidenten Seifer und General v. Sösem, belästigt und schließlich vor dem Abteil des Militärprokesses nach Italien zur Erholung abgereist sein. Tatsache ist, daß alle drei München mit Sold und Pack verlassen haben. Namentlich aber bemerkt die amtliche italienische Legation, daß Rahr, Sösem und Seifer die Abreise nicht nach Italien ankommen. Es fragt sich also, wo werden die „Erlöser Deutschlands“, wohin haben sie sich aus Angst vor den Militärprokess vertrieben? Ihre hilflos schweigende Abreise von München und die Tatsache, daß sie nicht einmal ihren Aufenthaltsort bekanntgeben haben, zweifellos, um vor den Militärprokess über zu sein, kennzeichnet erneut den „Mord“ der Herrschaften, die es sich zur Aufgabe gestellt hatten, Deutschland vom Marxismus zu erlösen.

Die W. B. will von zurechnungsfähiger Stelle erfahren haben: Die Meinung, daß Rahr und Seifer nicht mehr auf ihre Beine aufstehen können, entspricht nicht den Tatsachen. Von einer Berufung des früheren Polizeipräsidenten Rapp an Stelle des früheren Generalkonsulbrückenkommissars v. Rahr durch Beschluß des Generalstaatskommissars kann keine Rede sein. Ein solcher Beschluß ist nicht erfolgt.

In nationalpolitischer Stimmungsmache mißbraucht wurde in Berlin die Ankunft des in französischer Gefangenschaft verstorbenen militärischen Offiziers Dr. D. D. war wegen aktiver Schöpfung von den Franzosen zum Tode verurteilt. Diese Strafe wurde in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Auf der Insel St. Martin erlag D. dem Fieber.

Die Hölle.

(Aus Strindbergs „Ein Tragediespiel“ (Dritter Akt) Anfangszenen.)

(Ein Mann im Vorhergange steht man eine weiße Kanne, welche fruchtlos nach Wasser sucht. Im Hintergrund sind ein Mann mit Ferkel. Rechts eine große Niederlage von Steinblöcken mit zwei Schachbrettern. Im Vordergrund rechts ein Hund, links ein Mann.)
Zwei Kohlenträger: Naht bis zur Höhe, immer im Gedächtnis an den Ferkel und den weißen Ferkel des Ferkels, ihren vergeblich auf ihren Schachbrettern.)
Die Tochter und der Advokat im Vordergrund.)

Die Tochter: Dies ist das Paradies!
Erster Kohlenträger: Dies ist die Hölle!
Zweiter Kohlenträger: Schachbretter sind im Schatten!
Erster Kohlenträger: Was ist das in die Sie gehen?
Zweiter Kohlenträger: Dort kommt die Polizei! Man darf hier nicht haben!
Erster Kohlenträger: Wann man nicht eine Strafe vom Baum nehmen?
Zweiter Kohlenträger: Nein, denn kommt die Polizei!
Erster Kohlenträger: Aber ich kann nicht hier sitzen und arbeiten; ich habe etwas sagen und gehen!
Zweiter Kohlenträger: Dort ist die Polizei und ich habe etwas zu sagen. — (Wartet.) Und übrigens kriecht da unten nichts zu einem...
Erster Kohlenträger: Nicht zu einem? — Wir, die wir arbeiten, essen am meisten; und die Ferkel, die nicht tun, haben am meisten! — (Wartet.) Man nicht — ohne der Polizei zu nahe zu treten — behaupten, daß es ungerade ist? — Das sagt die Tochter der Tochter sagt?

Die Tochter: Ja, bleibe bei demselben! — Aber was ist das für ein Ferkel, daß er so langsam und kein Schwein ist?
Erster Kohlenträger: Was ist das für ein Ferkel? — Er hat ein etwas und ein wenig schwarzes Ferkel... — (Wartet.) Ich habe etwas zu sagen.

Die Tochter: Ferkel?
Erster Kohlenträger: Da ist die Polizei! Man darf hier nicht haben!
Die Tochter (zum Ferkel): Naht bis zur Höhe, immer im Gedächtnis an den Ferkel und den weißen Ferkel des Ferkels, ihren vergeblich auf ihren Schachbrettern.)
Der Advokat (im Hintergrund): Naht bis zur Höhe, immer im Gedächtnis an den Ferkel und den weißen Ferkel des Ferkels, ihren vergeblich auf ihren Schachbrettern.)

Die Tochter: Du meinst, ich habe etwas zu sagen, wenn er schweigend verbleibt?
Der Advokat: Ja!
Die Tochter: Was ist es?
Der Advokat: Ja.

Die Tochter: Ist es wahr, daß die Armen hier im Meer nicht haben dürfen?
Der Advokat: Ja, nicht einmal mit den Ferkeln! Nur wenn sie sich erheben wollen, sondern sie nicht zu beschaffen. Aber sie werden eben auf der Polizeistation Schiffe bekommen!

Die Tochter: Warum ist nicht vor die Stadt gehen und haben trinken auf dem Lande?
Der Advokat: Es gibt kein Land, alles ist eingeebnet.
Die Tochter: Warum ist nicht ins Meer gehen?
Der Advokat: Es gibt nicht ins Meer, alles ist besetzt!
Die Tochter: Das Meer selbst, das große weite...
Der Advokat: Alles! Du darfst nicht mit einem Boot aus dem Meer fahren und am Land anlegen, ohne daß es aufgeschrien und beschuldigt werden wird. Das ist verboten!

Die Tochter: Dies ist nicht das Paradies!
Der Advokat: Nein, das will ich meinen!
Die Tochter: Warum tun die Menschen nicht, um ihre Verhältnisse zu verbessern...
Der Advokat: Doch, wenn sie es wollen, aber alle Verhältnisse stehen im Gegensatz zu dem, was sie wollen...
Die Tochter: Der Herr ist das Paradies?
Der Advokat: Alle Menschen, alle Christen...
Die Tochter: Der Herr ist das Paradies?
Der Advokat: Eine eigene Verfassung, das heißt, man hat ein Recht zu leben!

Die Tochter: Ich frage auf den Gedanken gekommen, daß es ein schlimmes Verbrechen ist, wie es ist?
Der Advokat: Doch, wenn es gut geht, die denken immer so!

Die Tochter: Das ist es, wie es ist...
Erster Kohlenträger: Und schließlich wird mir die Ferkel...
Die Tochter: Der Herr ist das Paradies?
Der Advokat: Alle Menschen, alle Christen...
Die Tochter: Der Herr ist das Paradies?
Der Advokat: Eine eigene Verfassung, das heißt, man hat ein Recht zu leben!

Die Tochter: Ich frage auf den Gedanken gekommen, daß es ein schlimmes Verbrechen ist, wie es ist?
Der Advokat: Doch, wenn es gut geht, die denken immer so!

Erster Kohlenträger: Und schließlich wird mir die Ferkel...
Die Tochter: Der Herr ist das Paradies?
Der Advokat: Alle Menschen, alle Christen...
Die Tochter: Der Herr ist das Paradies?
Der Advokat: Eine eigene Verfassung, das heißt, man hat ein Recht zu leben!

(Der Herr und die Frau gehen über die Bühne.)
Die Frau: Kommst du und spielst eine Partie?
Der Herr: Nein, ich muß ein wenig gehen, um Mittagessen zu können!
Erster Kohlenträger: Um Mittagessen zu können...
Zweiter Kohlenträger: Um zu können...
(Die Kinder kommen, schreien vor Entsetzen, als sie die schwarzen Arbeiter erblicken.)

Erster Kohlenträger: Sie schreien, wenn sie uns erblicken! Sie schreien...
Zweiter Kohlenträger: Fui Teufel! — Wir müssen wohl bald die Schwärze herrichten und diesen verfaulenden Körper operieren...
Erster Kohlenträger: Fui Teufel! Das sage ich auch! Fui!

Der Advokat (zur Tochter): Wohl ist es verkehrt! Die Menschen sind nicht so schlecht! — sondern...
Die Tochter: Sondern...
Der Advokat: Sondern die Verwaltung...
Die Tochter (schreit ihr Gesicht und geht): Dies ist nicht das Paradies!
Die Kohlenträger: Nein, die Hölle ist es!

Die Relativitätstheorie Einsteins bestätigt. Die dem italienischen Gelehrten Pio Cernanelli von dem Leiter der britischen antarktischen Expedition (1922) mitgereicht wird, sind die Aufnahmen von der Sonnenkinnröhre, die nach Greenwich geschickt werden mußten, da Aufnahmen nicht über die nötigen feinen Meßinstrumente verfügte, jetzt endgültig durchgeföhrt. Das der königlichen astronomischen Gesellschaft in London mitgeteilte Ergebnis bestätigt Einsteins Theorie in vollem Umfang. Sämtliche Sterne zeigen eine Abweichung von 12 bis 24 Bogensekunden von ihrem normalen Stand bei einem Mittel von 1,77 Sekunden, genau den theoretischen Berechnungen Einsteins entsprechend. Damit ist bewiesen, daß eine tatsächliche Abweichung der Lichtstrahlen infolge ihres Vorbeiganges an der Sonne stattfindet, was sich mit dem Newtonschen Gesetz nicht in Einklang bringen läßt.

Einige Wissenschaftler in Wien. Felix Weinberger ist aus London nach Wien zurückgekehrt und hat hier keine offizielle Demission als Direktor der Volkshochschule. Aber Wahrscheinlichkeit nach wird Dr. Stiebro zu seinem Nachfolger ernannt. In Wien glaubt man, daß Weinbergers Demission nicht die einzige Abgabe von

Die niedrigen Renten der Kriegsoopfer.

Sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung — Der Kampf um die Amnestie. Annahme des Gemeindevahlgesetzes — Auflösung der Gutsbezirke.

Die gestrige Volkstagsitzung war nur von einstündiger Dauer, obgleich die ursprüngliche Tagesordnung um zwei weitere Beratungsgegenstände erweitert wurde. Da am 1. April das neue Rechnungsjahr beginnt, die Etats jedoch noch nicht fertiggestellt sind, legte der Senat dem Volkstage ein vorläufiges Haushaltsgesetz vor, das gestern ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen wurde. Der Senat wird darin ermächtigt, bis zum Erlaß eines endgültigen Haushaltsgesetzes die Einnahmen und Ausgaben nach dem Etat für 1923 zu leisten, mit der Maßgabe, daß bei den Ausgaben für 200 Reichsmark ein Gulden zu rechnen ist. Ein von der Deutschsozialen Fraktion eingebrachter Gesetzentwurf über die Ausbringung von Mitteln zum Wohnungsbau wurde ohne Aussprache dem Ständesausschuss überwiesen.

Annahmestellung für politische Verbrechen

in dritter Lesung zur Beratung. Die Sozialdemokratische Fraktion legte den Antrag vor, daß auch die aus Anlaß des Landarbeiterstreiks im Großen Werder 1923 begangenen strafbaren Handlungen unter die Amnestie fallen. Die Deutschnationalen, die entschiedene Gegner einer Amnestie sind, aber wahrscheinlich in der Minderheit bleiben, fordern in einem Antrage, daß nur die bis zum 1. April d. J. rechtskräftig Verurteilten von der Amnestie betroffen werden. Sie wollen dadurch verhindern, daß die am Wahltag auf dem Hauptbahnhof verhafteten Kommunisten wieder in Freiheit gesetzt werden. Abg. Keruth (D.N.) wünschte mit Rücksicht auf die verschiedenen Anträge eine nochmalige Ausschussberatung des Gesetzentwurfs. Dieser Forderung trat Abg. Gen. Rahn entschieden entgegen. Sie würde nur eine unnötige Verzögerung bedeuten. Die Sozialfraktion legte Werte darauf, daß das Gesetz sofort verabschiedet wird, damit die verurteilten Schönhorster Landarbeiter noch zu Eltern ihren Familien wiederzuerleben werden können. Durch Stimmführung wurde mit 50 gegen 49 Stimmen die nochmalige Ausschussberatung beschlossen.

Der Gesetzentwurf über die Abänderung des preussischen Gerichtsverfassungsgesetzes wurde ebenfalls noch einmal dem Rechtsausschuss überwiesen, da hier auch verschiedene Anträge vorliegen. Der Rechtsausschuss wurde beauftragt, noch am gleichen Tage in die Beratung der beiden Gesetzentwürfe einzutreten.

Der Gesetzentwurf über die Gemeindevahlen

wurde ohne weitere Erörterung in dritter Lesung nahezu einstimmig angenommen.

Sodann beschloß sich das Haus mit einem sozialdemokratischen Gesetzentwurf, der einen

100prozentigen Sonderzuschlag zu den Renten der Kriegsoopfer

forderte. Er wurde von dem Abg. Gen. Gebauer eingehend begründet, der betonte, daß die Kriegsoopfer mit den ihnen durch die Verordnung vom 12. Februar 1924 ausgeprochenen Rentenbeschlüssen der größten Not überlassen worden sind. Sie sind so niedrig, daß sie zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreichen. Ein großer Teil der 14 000 Kriegsoopfer und Hinterbliebenen ist dadurch der Armenfürsorge ausgeliefert worden. Redner zeigte dann an einem reichhaltigen Zahlenmaterial, wie groß die Not dieser Kriegsoopfer sein muß. Ein vollständig erwerbsloser Kriegsoopfer erhält monatlich 33 75 Gulden, mit einfacher Ausleistungszulage 42,19 Gulden; eine Witwe, die vollständig arbeitslos ist, bekommt monatlich 20,09 bzw. 25,31; eine walterlose Witwe erhält 8,44 bzw. 10,55 Gulden; eine alternde Witwe 13,12 bzw. 16,88 Gulden. Ein Kriegsoopfer ohne Kind mit 50prozentiger Erwerbsunfähigkeit erhält monatlich 5,31 bzw. 6,64 Gulden; bei einer Erwerbsbeschränkung von 40 Prozent 6,88 bzw. 8,59 Gulden; ein 50prozentiger Kriegsoopfer erhält monatlich 11,34 bzw. 14,18 Gulden.

Sie abgebaut worden ist.

Gegen das alte Mannschaftsversorgungsgesetz vom Jahre 1906 bedeutet die jetzige Rentenfestsetzung eine gewaltige Verschlechterung. Danach betrug die 100prozentige Rente 50 Goldmark monatlich, 180 Mark Kriegszulage, gleich 60 Goldmark pro Monat. Ein 50prozentiger Kriegsoopfer erhielt jährlich 312 Goldmark, gleich monatlich 26,00; die Rente einer Kriegswitwe wurde auf 40 Goldmark jährlich festgesetzt. Die kümmerliche Lage der Kriegsoopfer wird noch durch den Abbau der Renten bedeutend verschärft. Sie sind auch zum großen Teil arbeitslos geworden und haben wenig Aussicht Beschäftigung zu erhalten. Ganz besonders leiden die Kriegsoopfer durch die Forderung in Danzig. Daß in Danzig eine große Forderung besteht, wurde bei der Besprechung der Tagesordnung anerkannt, denn die Beamtengehälter sind für die unteren Gruppen um 20 bis 30 Prozent für die höheren Gruppen bis zu 70 Prozent höher als im Deutschen Reich. Was den Beamten zugehört, ist auch für die Opfer des Krieges recht und billig. Gegen eine allgemeine Erhöhung der Renten sträubte sich der Senat mit der Begründung, daß 60 Prozent der Renten vom Deutschen Reich getragen werden. Deshalb hat die Vereinigte Sozialfraktion einen Antrag auf einen 100prozentigen Ertragszuschlag

Eine sonderbare Auffassung.

Sehr scharf verurteilte Gen. Gebauer das Verhalten eines Senatsvertreters, der den Vertretern der Kriegsoopfer nicht erklärt, Danzig habe nicht den Krieg gemacht und deshalb auch keine Verpflichtung für die Kriegsoopfer zu tragen. Gen. Gebauer betonte demgegenüber, daß es ein Gebot der Menschlichkeit sei, den Opfern des Krieges eine angemessene Rente zu bewilligen. Der Gesetzentwurf wurde dann ohne weitere Aussprache dem Sozialen Ausschuss überwiesen.

In zweiter und dritter Lesung wurde sodann dem Gesetzentwurf über die Viehbesenentzündung und in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf über die Anhebung der Gütersteuer zustimmend.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Einführung deutscher Gesetze zur Abänderung des Reichsverfassungsgesetzes nahm Gen. Gebauer wiederum die Interessen der Kriegsoopfer wahr. Er bedauerte außerordentlich, bei der Annahme dieses Gesetzes die Arbeitslosigkeit der Rentenseitigen außer Acht gelassen zu werden. Die V.V.D. sei damit nicht einverstanden. Weiter beantragte Gen. Gebauer, daß im Einspruchsverfahren von den Kriegsoopferrenten keine Gebühren erhoben werden, wenn der Einspruch von den Versicherungsbehörden ausgeht. Dem Antrage wurde zugestimmt und sodann das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Damit war die Tagesordnung aufgearbeitet. Die nächste Sitzung findet heute nachmittags statt. Sie wird sich mit der Hochwasserfrage für den Freikant befaßigen, sodann mit

dem sozialdemokratischen Amnestiegesetz und dann in die Einzelberatung der Haushaltspläne eintreten. In der nächsten Woche sollen die Wohnungsbauangelegenheiten verabschiedet werden, wenn die Ausschussberatungen bis dahin beendet sind. Am Freitag nächster Woche tritt das Haus seine Ferien an.

Die Folgen des Zinswuchers.

Der Ruf nach Senat und Staatsanwalt.

Die schweren wirtschaftlichen Schäden des grassierenden Zinswuchers sind schon des öfteren dargelegt. Es fehlt jedoch noch immer an Maßnahmen, die dieser Hauptursache unserer Wirtschaftskrise zu Weite rücken. Der Zinsfuß der Notenbanken betrug vor dem Kriege etwa 3 bis 6 Prozent für Wechsel. In den Ländern mit einigermaßen festgesetzten Währungen beträgt er auch jetzt 3 bis 6 Prozent (Schweiz, England). Bei uns beträgt er bekanntlich 12 Prozent. Die ganze Alterszeugung und die Weltmarktpreise kosteten naturgemäß auf dem normalen Zinsfuß. Dem Lande, in dem ein höherer Zins erhoben wird, wird der Wettbewerb auf dem Weltmarkte erschwert oder unmöglich gemacht. Es wird damit versucht, die Löhne und Gehälter um den übermäßigen Zinsfuß zu drücken, doch bringt dies weitere wirtschaftliche Uebelstände mit sich und schwächt die Kaufkraft des eigenen Volkes.

Danzig hat seit etwa sechs Monaten eine ebenso festgesetzte Währung wie England. Der Zinsfuß in England betrug noch im Januar nur 5 Prozent im Jahr. Der übliche Zinsfuß der Privatbanken beträgt 1 Prozent. Bei diesem Zinsfuß dürften die Privatbanken für Wechsel nur 6 Prozent, jetzt 7 Prozent Jahreszins nehmen. Hierbei muß beachtet werden, daß Geldkapital und Zinsfuß in weitem Maße international sind. Die Geldverhältnisse in England können nicht künstlich von Danzig ferngehalten werden. Tatsächlich gibt eine Danziger Bank auch augenblicklich Geld für 8 Prozent Jahreszins. Ein Beweis, daß es auch in Danzig möglich ist, für einen annähernden Zinsfuß zu stehen. Andere Banken nehmen aber 24, 36 und 60 Prozent Zinsen. Und eine andere Bank, gegen die ein Bankerverfahren schwebt, hat sogar 100 Prozent und darüber genommen.

Bei solchen Wucherzinsen muß natürlich jede Wirtschaft erdrückt werden. Und der Zinswucher wird geradezu erzwungen. Man sprach auch im Volkstage die Hoffnung aus, daß die Bank von Danzig diesem Zinswucher entgegenzutreten würde. Die Bank hat enttäuscht. Während sie für ihr Geld zunächst doch nur die Druckkosten zu zahlen hat, jetzt sie ihren Zinsfuß auf 12 Prozent fest. Eine Privatbank begnügt sich auch mit einem Gewinn von 1 bis 2 Prozent, nimmt also 18 bis 14 Prozent. Andere aber nehmen noch jetzt viel höhere Zinsätze.

Selbst im Deutschen Reich, wo man über die Währungsexperimente noch nicht hinausgekommen ist, erhebt die Reichsbank nur 10 Prozent Zinsen. Von dem Wirtschaftsbund Danziger Hausfrauen ist jetzt verlangt worden, daß die Bank von Danzig endlich andere Maßnahmen gegen den Zinswucher ergreife. Der Senat müsse vorgehen und die Bankstelle, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte zum Einschreiten gegen den Zinswucher veranlassen. Die Beschlagnahmen müßten auf Grund des Preistreibereigesetzes erfolgen. Dazu sei notwendig, daß das Preistreibereigesetz ausdrücklich dahin ergänzt werde, daß auch Geld ein Gegenstand des täglichen Bedarfs sei. An den Senat und andere Stellen soll mit entsprechenden Anträgen herangetreten werden.

Doch noch belehrt

Keine Aufstellung einer Seksmaschine in der Gefängnis-Druckerei.

Bei der jetzt erfolgten zweiten Lesung der Haushaltspläne im Hauptausschuss beantragten die Deutschnationalen überaus hunderweise nun selber die Streichung des Betrages von 30 000 Gulden zur Anschaffung einer Seksmaschine für die Gefängnisdruckerei. Sie schloßen sich dem sachmännlichen Gutachten der sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuss an, die bei der ersten Lesung auf die Zwecklosigkeit einer Seksmaschine in einer Gefängnisdruckerei hingewiesen hatten. Die Deutschnationalen haben nun endlich eingesehen, daß durch die Anschaffung einer Seksmaschine keine Arbeit für die Gefangenen geschaffen wird, da unqualifizierte Arbeiter diese Maschine nicht bedienen können. Nur die Zentrumsabgeordneten wollten sich nicht überzeugen, daß eine Seksmaschine keinen Zweck hat und stehen sich auch nicht bekehren. Die Seksmaschine wurde schließlich gestrichen und anstatt 30 000 Gulden 10 000 Gulden eingesetzt zu kleineren Anschaffungen für die Druckerei.

Der Hafen in Gdingen.

Der polnische Ministerrat beschloß, einer polnisch-französischen Kapital- und Industrieexpedition den Auftrag zur Finanzierung des Gdinger Hafens zu erteilen. Französischerseits gehören zu der erwähnten Gruppe „Bernard Schneider“ und „Bariolles“, polnischerseits die Bank Przemyslow und die Ingenieure Hummel und Kowalewicz. Vertragsbedingung ist sofortiger Beginn des Baues.

Der Finanzminister Grabst hat sich in seiner programmatischen Erklärung im Budgetgesetz des Jahres auch noch zur Gdinger Hafenbaufrage geäußert und festgesetzt, daß der Hafenbau mit Inbegriffnahme von Krediten unter günstigen Bedingungen durchgeführt werden wird. In zwei Jahren werde ein bedeutender Teil dieses Hafens fertiggestellt sein. Polen wird erst vom dritten Jahre ab acht Jahre hindurch 7 1/2 Prozent für den Ausbau zahlen.

Vorarbeiten für das Radanekkraftwerk. Der Stadgemeindegemeinde Danzig ist gestattet worden, zur Vorbereitung der Errichtung des Radanekkraftwerkes Vorarbeiten im Bereich des Gutsbezirks Böfken und des Gemeindebezirks Al. Böfken vorzunehmen. An die Besitzer von Grundstücken in den genannten Bezirken ist die Anordnung ergangen, die Vorarbeiten auf ihrem Grund und Boden geistlich zu lassen.

Plantenabend Karl Almer. Das bekannte und bewährte Mitglied unserer Stadttheaterbühne, Karl Almer, hat sich neben seiner Tätigkeit auf der Bühne auch als Sänger zur Freude eines guten Publikums verstanden. Er erfuhr am Dienstagabend wiederum eine zahlreiche Zuhörerschaft mit seinen Liebesvorträgen. Das Programm war außerordentlich abwechslungsreich zusammengestellt

und zeigte sowohl in der Auswahl wie in der Wiedergabe eine besondere Umsicht. Almer bot Erstes und Bestes, Erquickendes und Schmelzendes und fand in allen Darbietungen den richtigen Ton. Das Publikum ging aufnahmefreudig mit und dankte beifällig für die genussreichen Stunden.

Der Kampf gegen den Alkohol.

Die Alkoholgegnerwoche erreichte gestern abend mit einer großen öffentlichen Volksversammlung im Werkzeughaus ihren Höhepunkt. Abg. Gen. Feu sprach vor fast beständigem Hause über „Kultur und Sozialismus“. In volkstümlicher, feindseliger Art erläuterte Redner die Kulturentwicklung bis auf die Jetztzeit und legte den Anteil des Sozialismus an den kommenden sozialen Kämpfen dar. Reichlich Beifall lohnte dem Redner für seinen von hohem sittlichen Ernst getragenen Vortrag. Unter den zahlreichsten Besuchern bemerkte man u. a. Professor Nos und Dr. med. Siegenhagen, letzterer der Leiter des Gesundheitsamtes. Die wertvollen und hochinteressanten Ausführungen des Gen. Feu werden wir demnächst ausführlich wiedergeben.

„Alkohol und Gesundheit“ behandelt Staatsrat Dr. med. Etade am Freitag abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Bezirkschule am Danjaplatz. Pfarrrer Einz spricht alsdann über „Alkohol und Eihil“. Beide Vorträge finden im Rahmen der Veranstaltungen der Alkoholgegnerwoche statt. Siehe auch Inserat in der heutigen Ausgabe der „Danziger Volksstimme“.

Auf die Finger geklopft

wurde von den Gerichten wieder einigen Vertretern von der Partei der Bucherer und Preistreiber:

Der kaufmännische Angestellte Kurt Thumann in Danzig-Langfuhr, Hauptstraße 18, ist am 24. März durch Urteil des Schöffengerichts mit einer Geldstrafe von 50 Gulden bestraft, weil er Anfang Dezember 1923 in dem Geschäft seines Vaters Wilhelm Thumann fahrlässigerweise ein Pack Kammerweiden für 1,50 Gulden verkaufte, während der angemessene Preis 75 Guldenpfeimige betrug.

Der Besitzer Ernst Wohlfahrt in Strippan ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts vom 8. Februar wegen Preistreibererei in Lateintheit mit Betrag und Verkauf verdorbener Nahrungsmittel mit 140 Gulden Geldstrafe bestraft worden. Wohlfahrt hat am 27. Oktober 1923 an den taubstummen Schneider Böh 10 Zentner Kartoffeln zum Preise von 1 Dollar für 2 Zentner verkauft und verschwiegen, daß diese in Säcke verpackten Kartoffeln verdorben und ungenießbar waren.

Durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichts Zoppot vom 11. Dezember 1923 wurden bestraft: Wegen Verkaufsverweigerung von Butter 1. die Meiereibesitzerin Anna Bohl, Pommerische Straße 27, mit 500 Gulden Geldstrafe, evtl. zehn Tagen Gefängnis, 2. die Verkäuferin Emma Jaschan, ebenda, mit 50 Gulden Geldstrafe, evtl. einem Tage Gefängnis, und wegen Höchstpreisüberschreitung für Butter der Milchkeller Gustav Sadowski, Badestraße 4, mit 100 Gulden Geldstrafe, evtl. zwei Tagen Gefängnis.

Einkommensteuerzuschläge für den Wohnungsbau fordert ein Gesetzentwurf, der von der deutschsozialen Fraktion dem Volkstage vorgelegt worden ist und bereits dem Ständesausschuss überwiesen worden ist. Danach soll ab 1. April 1924 zur Aufbringung von Geldmitteln für den Wohnungsbau ein prozentual steigender Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden. Der Zuschlag soll betragen: bei monatlichen Einkommen bis zu 400 Gulden 1 Prozent des Einkommens, bis 1000 Gulden 2 Prozent, bis 1500 Gulden 3 Prozent, bis 2000 Gulden 4 Prozent, über 2000 Gulden 5 Prozent. Die durch diesen Zuschlag zur Einkommensteuer erbrachten Geldmittel sind ausschließlich zum Bau von neuen Wohnungen unter ganz besonderer Berücksichtigung des Klein- und Eigenheimbaues zu verwenden und zwar in Form von zinslosen Darlehen oder Darlehen zu niedrigem Zinssfuß. Dieser Zuschlag zur Einkommensteuer soll zunächst bis zum 31. März 1925 erhoben werden.

Der Streit der Böttcher erfolgreich beendet. Die streitenden Böttcher in der Faktoria 30 in Renkammer haben einen vollen Erfolg errungen. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, nachdem einer Vereinbarung zustande gekommen ist, wonach der Stundenlohn für Böttcher auf 1 Gulden, für Hilfsarbeiter auf 75 Pf. festgelegt worden ist.

Normales Verbot des Weichselhochwassers. Im Durchschnitt bei Schiemenhork fällt das Wasser der Weichsel langsam ab, obwohl immer noch eine starke Strömung vorhanden ist. Bezieht die Aussicht, daß die Eibenbahnfähre den Verkehr wieder aufnimmt. Bei Schönbaum wurden gestern bereits einzelne Personen in Booten übergesetzt, allerdings unter erheblicher Gefahr.

Veranstaltungen der „Neuen Kultur“. Die „Neue Kultur“ veranstaltet in diesem Monat ein Gastspiel des Königsberger Puppentheaters des Arzur Petrasch und einen Vortragabend des Dichters Hermann Stöhr. Arzur Petrasch hat es verstanden, mit seinem Puppenspiel sich in ganz kurzer Zeit einen großen Anhängerkreis zu schaffen. Die Art der Puppenspiele ist ganz nach mittelalterlichen Motiven aufgebaut. Das Programm, das aus dem Angenehmsten erdichtet ist, zeigt dafür, daß gute und edle Kunst geboten wird. Hermann Stöhr, gleich Gerhard Hauptmann ein Kind des Riesengebirges, ist uns Norddeutschen zum größten Teil unbekannt gewesen. Er wird nunmehr in nächster Woche in Danzig, Langfuhr und Oliva aus eigenen Werken lesen und sicherlich neue Anhänger finden.

Ein Jubiläum besonderer Art hat unsere Stadtbibliothek zu verzeichnen. Sie hat dieser Tage ihrer Sammlung den 20. 000. Band einverleibt. Vor 50 Jahren herab, war die Bibliothek bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts in Franziskanerkloster untergebracht. Heute dann in die Jakobstraße über, um endlich 1907 ein eigenes städtisches Heim zu beziehen, das freilich heute schon fast zu eng geworden ist für die unaufhörlich wachsenden Bücherbestände. Ehrwürdiger wurde der Stadtbibliothek durch all die Jahrhunderte ihre wichtige Aufgabe durch die Behörden und zahlreichen Freunde, die es selbst in den letzten Zeiten der Geldentwertung und Not der Geistesarbeiter nie an Unterstützung haben lassen können. Welch seltene unschätzbare Beiträge gerade aus privaten Vermächtnissen kamen, konnte man in der interessanten Ausstellung „Buchkunst“ im letzten Herbst bewundern.

Standesamt vom 3. April 1924.

Todesfälle: Witwe Renate Schmidt, geb. Penning vorher verm. Lehmann, 78 J. 8 Mon. — Taufbüchse Johanna Rennebach, 17 J. 5 Mon. — Supperichmiedergasse Leo Welke, 2 J. 7 Mon. — Frau Elise Wundtowski geb. Marckwald, 2 J. 5 Mon. — Schönebergin Margarete Hoffmann, 28 J. 9 Mon.

Danziger Nachrichten

Unterdrückung der Erwerbslosenhilfe.

Wie die Agrarier sich billige Arbeitskräfte verschaffen wollen. In der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ und im „Landbund“ wird jetzt häufiger gegen die Arbeitslosenunterstützung der ländlichen Arbeiter Sturm gelaufen. Selbst der Landbund hat in einer Sitzung dagegen Stellung genommen und von den Landräten eine strenge Kontrolle darüber verlangt, ob der Arbeitslose auch Lust zur Arbeit habe. Hinter diesem Vorgehen steckt etwas mehr. Die Landwirte suchen in den Arbeitslosen nämlich verbilligte Arbeitskräfte und ist in Dutzenden von Fällen bereits nachgewiesen, daß Arbeitslose, die von Gemeindevorsteher Arbeit bei einem Landwirt nachgewiesen erhielten, von diesem bedeutend niedrigere Entlohnung angeboten erhielten, als der Tarifvertrag für Landarbeiter vorsieht. In der Gemeinde Reichenberg sind mehrere Fälle zu verzeichnen, daß die Arbeitslosen 50 bis 75 Pfg. pro Tag unter Tarifvertrag arbeiten sollen. Der Tarifvertrag für Landarbeiter ist bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in der Entlohnung schon an und für sich sehr niedrig bemessen, so daß in manchen Fällen nach dem Angebot der Arbeitgeber der verdiente Lohn weniger betragen würde als die Erwerbslosenunterstützung. Der Satz, der als Erwerbslosenunterstützung an Familienväter im Höchstfalle gezahlt wird, beträgt 2,10 Gulden pro Tag. Daran kann man ermeßen, wie rücksichtslos die Landwirte versuchen, die Arbeitslosen auszunutzen.

Auch die Einführung des Steineschlagens als Notstandsarbeit war ein Mittel, um die in den meisten Fällen dieser Arbeit unfähigen Arbeitslosen um ihre Unterstützung zu bringen. Zunächst versuchte man, den Arbeitslosen 10 bis 20 Kilometer von ihrer Wohnung entfernt Arbeit nachzuweisen. Wo das durch einen längeren Kampf aus berechtigten Gründen abgelehnt wurde, mußten die Arbeitslosen dann für einen Lohn Steine schlagen, daß nur ein in diesem Fach geübter Arbeiter auf einen einigermaßen auskömmlichen Tagelohn kam. Trotzdem die meisten der Arbeitslosen in vielen Fällen weniger verdient haben, als ihre Erwerbslosenunterstützung ausmachte (2,10 Gulden), ist diese Arbeit verrichtet worden.

In der Gemeinde Bohnack wurde ein anderes Mittel erfunden. Dort gibt es im Walde viele Stubben. Nun wurden die Arbeitslosen, in erster Linie die Unverheirateten, in den Wald geschickt, um diese Stubben zu roden. Der „Lohn“ wurde in Akkord festgesetzt, und zwar wie folgt: Wenn der Arbeitslose 1 Meter Stubben gerodet hat, zahlt er an die Forstverwaltung 1,20 Gulden für 1 Kubikmeter und kann die Stubben dann für sich behalten. Er kann sie auch verkaufen, am dadurch seinen Lohn herauszuschlagen. Bei dem strengen Frost in diesem Winter und der an und für sich mühseligen Arbeit haben die damit Beschäftigten im Durchschnitt in zwei bis vier Tagen 1 Kubikmeter aus der Erde herausgeholt. Wenn sie ihre Ware jedoch in Geld umsetzen wollten, fanden sie keine Abnehmer. Nur der Gemeindevorsteher wollte die Stubben abnehmen und dieses Holz für die Ortsarmen verwenden. Er bot dann hochherzig 2 bis 2,50 Gulden pro Kubikmeter, für den der Arbeitslose selbst 1,20 Gulden bar bezahlt und drei Tage schwere Arbeit verrichtet hatte. Da soll jemand sagen, daß die Arbeitslosen nichts verdient haben! Nach Abzug der gezahlten 1,20 Gulden in drei Tagen 1,30 Gulden zu verdienen. Ist sicherlich ideal, wenn man dabei auch noch schneller verhungert als mit der Erwerbslosenunterstützung. Die ländlichen Arbeiter stehen auf dem richtigen Standpunkt, daß sie Lohn für die Arbeit und nicht Erwerbslosenunterstützung haben wollen. Beweis dafür ist, daß fast alle Erwerbslose sich in den ersten vier Wochen überhaupt nicht um Erwerbslosenunterstützung bemüht haben, sondern in dieser Zeit verhungert, noch Arbeit zu bekommen. Nur selbighalber weiß wir einen so lang anhaltenden Winter und damit eine starke Arbeitslosigkeit haben, waren auch die ländlichen Arbeiter nicht in der Lage, ihre Familien durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren. Den Gemeindevorstehern und Landwirten muß gesagt werden, daß sie entweder nicht rechnen können, was der Arbeiter mit seiner Familie zum Leben gebraucht, oder, was zutreffender sein dürfte, sie haben für die Not der arbeitenden Klasse überhaupt kein Verständnis. Deuten sie darüber etwas nach, dann werden sie es für die Zukunft nicht nötig haben, in ihren Landbundesversammlungen und in ihrer Presse in bestimmter Absicht solche Treibereien anzuzetteln. Die Regierung hat natürlich keine Zeit gefunden, sich um diese Dinge zu kümmern.

Die Platzbelegung in D-Bügen. Die Ausgabe von Platzkarten in den deutschen D-Bügen, die im Januar d. J. allgemein eingeführt wurde, wird jetzt langsam wieder eingeführt. Darüber hinaus hat jedoch der Reichsverkehrsminister in einem besonderen Erlaß angeordnet, daß die Nummernschilder an den Abteiltüren von den Schaffnern dauernd richtig eingestellt werden, damit neuankommende Reisende sofort einen Überblick haben, welche Sitzplätze belegt und welche noch frei sind; es erleichtert die rasche Vertei-

lung der Fahrgäste und soll besonders in den Nachtzügen verhindern, daß Abteiltüren aufgeschlossen und die schlafenden Reisenden hatternd geküßt werden. Da die Schaffner jetzt nachdrücklich angewiesen sind, die Kennzeichnung der belegten Plätze ständig zu überwachen, kann den Reisenden nur empfohlen werden, sich nach den Nummernschildern zu richten und als „belegt“ gekennzeichnete Plätze nicht erst zu besetzen.

Gewerkschaftler Parteigenossen

Männer und Frauen!!!

Erscheint in Massen zum

Demonstrationszug

der Alkoholgegner am

Sonntag, den 6. April.

← Sammeln →

vormittags 10 Uhr auf dem Wiebenplatz.

Arbeiter-Abstinenzbund.

Urkundenfälschung und Unterschlagung.

Gestern hatte sich der Expedient Alfred Stein aus Danzig vor dem Schöffengericht wegen Urkundenfälschung in zwölf Fällen und außerdem wegen Betruges zu verantworten. Der Angeklagte war bei einer Danziger Firma bis zum Jahre 1922 beschäftigt. Seine Tätigkeit bestand auch darin, daß er Warenbegleitscheine für die Zollbehörde auszufertigen hatte. Die hierzu gebräuchlichen Formulare waren ihm zugänglich. Er fälschte darauf die Unterschrift der Firma, bei der er beschäftigt war und ließ sich, ohne dazu beauftragt zu sein, nachdem er den Zoll beglichen hatte, die Waren ausshändigen, die er dann zu seinem eigenen Vorteil an Bekannte verkaufte. Wie er selbst angab, gelangte er auf diese Weise nach und nach in den Besitz der für die damalige Zeit nicht unbedeutlichen Summe von einer Million Mark.

Außerdem wurde dem Angeklagten zur Last gelegt, daß er sich in einigen Fällen den Betrag für zu zahlende Zollgebühren von der Firma auszahlen ließ, das Geld jedoch für seine eigenen Zwecke verwandte. Der Angeklagte befindet sich noch in jugendlichem Alter. Er ist bisher noch unbestraft und hat infolge milderer Umstände, an denen er jedoch selbst schuldlos ist, ein ganzes Jahr in Untersuchungshaft gesessen. Die Geschworenen sprachen St. der schweren Urkundenfälschung in zwölf Fällen, sowie des Betruges in einem Falle schuldig. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu einer Gesamtfürate von einem Jahr und 6 Monaten Gefängnis, wovon 11 Monate und 2 Wochen auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden. Unter Berücksichtigung des Vermögensstandes des Angeklagten, seiner Jugend, sowie des Umstandes, daß er nicht aus verbrecherischer Neigung, sondern aus Reichstüm ge handelt hat, wurde ihm Strafausssetzung auf die Dauer von drei Jahren gewährt.

Auf die schiefe Bahn geraten

Wie sehr der Krieg seine demoralisierenden Wirkungen besonders auf die Jugend ausgeübt hat, zeigt ein neuer, vor dem Schöffengericht zur Verhandlung gekommener Fall. Es handelte sich um den früheren Gymnasiast, jetzige Bäckergehilfe Erich Scheerer aus Ohra wegen einer ganzen Serie von Diebstählen zu verantworten. Er war von den Eltern bis zum 16. Lebensjahre nach Danzig aufs Gymnasium geschickt. Schon in der Schule kam er auf die schiefe Bahn. Er erlernte dann das Bäckerhandwerk, aber seine Führung gab den Eltern Anlaß, ihn aus dem Hause zu weisen. Scheerer fand nun, daß es auch ein ganz einträglicher Beruf sei, von Diebstählen zu leben. Das Gefühl, daß man vor dem Eigentum des andern etwas Achtung haben müsse, war bei ihm sehr abgenumpft. Er machte nun die Bodenbiebstähle zu seiner Spezialität. In 30 Fällen hat er solche Diebstähle eingestanden, auszuführen mögen noch mehr sein. In 7 Fällen führte er die Diebstähle mit einem Arbeiter Hans Wohlgenuth, ohne festen Wohnsitz, aus. Die gestohlenen Sachen verkaufte er weiter. Bei der Hehlerei wirkten mit ein Hausdiener Josef Nowak aus Polen und ein Arbeiter Stanislaus Kofman, ohne festen Wohnsitz. Scheerer kam auch zu einem früheren Straßenbahnkassierer, der ihn als Knaben täglich nach Danzig gefahren hatte und ihn dabei kammte und bat ihn um Geld und ließ ihm alte Bäckereifelle als Pfand. Er beteuerte auf Ehrenwort, daß die Eltern ihm die Stücke zum Verkauf überlassen hätten. Der Schaffner glaubte ihm und gab ihm Geld gegen die Sachen. Die 6 Personen ran-

den nun vor dem Schöffengericht. Scheerer war geständig. Nach seinem Aussehen hätte man ihm die Foten nie zuge- traut. Man möchte von einem seelischen Rästel sprechen. Der Anwalt wies darauf hin, daß die Strafe hier nicht zu milde ausfallen dürfte. Man müßte bedenken, in wieviel Familien dieser Dieb Verwüstung und gegenseitige Ver- bittigungen gebracht habe, bis der richtige Täter gefast war. Das Gericht verurteilte Scheerer wegen Diebstahls in 30 Fällen zu 2 Jahren 2 Monaten Gefängnis. Wohlge- nuth wegen Diebstahls in 7 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis. Nowak, Kofman und Kofman wegen Hehlerei zu 6 Wochen Gefängnis. Die Sache gegen den früheren Schaffner wurde vertagt.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Der Reallohn in verschiedenen Ländern. Die Zeit- lung des englischen Arbeitsamtes gibt eine Zusammen- stellung des Reallohnes, den die Arbeiter in den verschie- denen Ländern erhalten. Die durchschnittliche Berechnung gilt für den 1. Januar 1924. Die Zahlen sind in Prozenten der Londoner Löhne angegeben, und zwar erhält ein Arbeiter in: Amsterdam 92 Prozent, Brüssel 60, Christania 88, Neuyork 210, Ottawa (Kanada) 100, Paris 84, Prag 82, Stockholm 88, Wien 47, Warschau 50, Berlin 48 Prozent des Lohnes eines Londoner Arbeiters. Diese Statistik zeigt aufs neue das saule Verden von der Konkurrenzunfähigkeit der Industrie durch höhere Arbeiterlöhne.

Die neue Zigarettenfabrik. Der Zigarettenabak wird bekanntlich aus dem Orient eingeführt, und zwar aus Bulgarien, Griechenland und der Türkei. Die neue türkische Tabakernte hat, wie aus dem Balkan berichtet wird, einen Umfang von rund 15 Millionen Kilo, die griechische einen solchen von rund 75 Millionen Kilo, während Bulgarien im letzten Jahre 80 Millionen Kilo Tabak ausfuhrte, wovon allein auf das bulgarische Rodopengebiet, in welchem der beste Zigarettenabak erzeugt wird, fast die Hälfte der bulgarischen Gesamtausfuhr nach Deutschland entfällt.

Die Bekämpfung der amerikanischen Agrarkrise. Ein Gesetz, das der kritischen Lage der amerikanischen Landwirt- schaft abhelfen soll, ist dem Senat eingereicht worden. Es sieht die Angleichung der Preise der Agrarprodukte an die der industriellen Erzeugnisse vor; eine Exportkommission mit einem Kapital von 200 Millionen Dollar soll ferner ge- gründet werden, um die amerikanischen Agrarprodukte durch eine zusammenfassende Organisation des Exports und durch Exportprämien im Auslande konkurrenzfähig zu machen.

Nordamerikanische Eisenbahnstrassen und Schifffahrt. Gegen den Beschluß der Inter-State Commerce Commis- sion, amerikanischen Waren, die in amerikanischem Schiff- raum verschifft werden, Vorausstraten auf den Eisenbahnen zuzubilligen, hat Japan durch seinen Votschafter Protest erhoben lassen, da man die japanische Schifffahrt im Stillen Ozean als ernstlich geschädigt und den Handels- und Schiff- fahrtsvertrag von 1911 als übertreten ansieht. Die hollän- dische Regierung und andere Länder sollen ebenfalls einen Protest beabsichtigen.

Das neue Schwimmbad in Southampton. Das große Schwimmbad, das Armstrong für Southampton baut, ist jetzt beinahe fertiggestellt. Die verbleibenden Teile des Docks sind zusammengeklebt. Es fehlt nur noch die innere Ausbuchtung. Gleichzeitig sind Vorbereitungen zum Schlie- ßen im Gange, die man Anfang April vorzunehmen hofft. Im Laufe des April wird das Dock in Southampton in- stalliert sein und bereit, die größten Dampfer aufzu- nehmen. Das Dock ist 800 Fuß lang und 170 Fuß breit und besitzt ein Displacement von 60 000 Tons. Es ist kaum anzusehen, daß in den nächsten Jahren ein Schiff gebaut wird, das für Benutzung dieses Schwimmbades zu groß ist.

BORG



FÜR QUALITÄT RAUCHER

Antiische Börsennotierungen.

Danzig, 2. 4. 24.

1 Dollar: 5,83 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mark: 0,85 Danziger Gulden.
1 Rentenmark 1,30 Gulden.
Berlin, 2. 4. 24.

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Mk.
Danziger Getreidepreise vom 2. April. (Aussch.)
In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 11,00—00,00.
Roggen 8,90—7,00. Gerste 7,20—7,30. Hafer 7,20—7,30.

Verantwortlich: für Politik Ernst Koops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber. für Inserate Anton Roosen. Druck und Verlaß von F. Weßl u. Co. Danzig.

Tabakwaren-Großhandlung



Liefert nach wie vor die billigsten Zigarren Zigaretten Tabake

Haustor 8

Ecke Altstädtischer Graben

Trauring-Vertrieb

Fugenlose Variobrazz- ringe äußerst billig, 25% von 3 Gulden an. 11236

Felix Lenz, Schmiedestraße 16, Tel. 6870

Damen- u. Herren-Schirme billig zu verkaufen. Fr. Neumann, Pöggendorf 14. Eia. Reparaturwerkstatt

Habe mich als Damenschneiderin

etabliert. Es wird nach wie vor mein Bestreben sein, meiner Kundschaft ein elegantes und gutgehendes Kleid bei möglichem Preise zu liefern. 11231 O. Krause, 11231

Julius Goldstein

Inkergasse 2-4 Gegenüber der Markthalle

Billigste Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herren- und Damenwäsche, Trikotagen, Schürzen und Spielwaren.

12400

